Niederschrift

über die Sondersitzung des Stadtrates am Donnerstag, den 09.02.2012, um 19:30 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses (1. Stock, Zi.Nr. 100), Urlasstr. 22.

Anwesend:
1. Bürgermeister Bisping, Benedikt
2. Bürgermeister
Scheld, Manfred
3. Bürgermeister Schweikert, Georg
<u>Stadtratsmitglieder</u>
Deuerlein, Rainer
Dienstbier, Adolf Volkmar
Helmreich, Stephanie
Hoyer-Neuß, Verena
Maschler, Norbert
Mayer, Christian
Meyer, Harald
Ochs, Gerald
Reichenberger, Petra
Sopolidis, Nikos
Höpfel, Ruth
Horlamus, Alexander
Ittner, Frank
Auernheimer, Johannes
Lang, Thomas
Offenhammer, Claus
Pohl, Adolf
Seitz, Martin Dr.
Zeltner, Günther
Grand, Martin
Kern, Hans
Rduch, Peter
Spannring, Michael
Herrmann, Karl-Heinz
<u>Ortssprecher</u>
Eschrich, Hermann
Hofmann, Dieter
von der Verwaltung
Schriefer, Roland
Taubmann, Udo
Schriftführer/in
Schönwald, Friederike

Entschuldigt:

<u>Stadtratsmitglieder</u>	
Felßner, Günther	
Auernheimer, Jutta	
Breuer, Björn	
Vogel, Erika	berufliche Verhinderung
<u>Ortssprecher</u> Schmidt, Hans	

Vorsitzender eröffnet die Sitzung und begrüßt die Damen und Herren des Stadtrates, die Zuhörer, Herrn Fischer von der Pegnitz-Zeitung und die Mitglieder der Verwaltung zur 1. Sondersitzung des Stadtrates in diesem Jahr. Die Einladung ist fristgerecht ergangen. Mit dem Inhalt der Tagesordnung besteht Einverständnis. Das Gremium ist beschlussfähig.

ÖFFENTLICH

1 Antrag der CSU-Fraktion vom 24.10.2011 zum Thema Tarifstufen im Laufer Stadtverkehr

Herr Stadtrat Maschler trägt als Antragsteller folgenden Sachverhalt vor:
Der erste Antrag der CSU betrifft das Thema Tarifstufen im Laufer Stadtverkehr, insbesondere den Ortsteil Kuhnhof. In der Vergangenheit wurde dieses Thema auch schon in Bürgerversammlungen behandelt. In der Bevölkerung musste festgestellt werden, dass hier eine gewisse Unwucht herrscht. Es ist bemerkenswert, dass Kuhnhof vom Laufer Zentrum aus gesehen mit Hersbruck gleich gesetzt wird. Die Schülerinnen und Schüler müssen die Schülermonatskarte selbst bezahlen und dies sind aktuell 18,50 Euro. Die Kuhnhofer müssen mehr als das doppelte bezahlen, nämlich 43,50 Euro. Daran erkennt man, dass das System etwas hinkt. Der Antrag der CSU geht daher in die Richtung, die Verwaltung zu beauftragen, mit den Verantwortlichen Stellen wie VGN, Landratsamt, etc. Kontakt aufzunehmen und zu besprechen sowie zu prüfen, um Kuhnhof kurzfristig in die Tarifstufe K überführen zu können. Er ist der Meinung, dass dies in den Umstrukturierungen erfolgen kann.

Herr Stadtrat Lang nimmt Bezug auf die Bürgerversammlung Kuhnhof und dortige Stellungnahme von Frau Stadträtin Auernheimer, die diesen komplexen Zustand des Tarifsystems dargelegt hat. Nachdem er der Überzeugung ist, dass immer noch Unklarheit herrscht, wie diese Mehrkosten erstattet werden, bittet er Herrn Schriefer, hier für Klarheit zu sorgen. Es ist Ziel, Kuhnhof an das Stadtbusnetz anzubinden und dies im Herbst dieses Jahres verwirklichen zu können. Dann wäre eine Tarifstufe S nicht nur denkbar, sondern greifbar nahe. Deswegen hat er Zweifel an der Tarifstufe K.

Herr Stadtrat Grand findet den Antrag sehr unterstützenswert. Es ist klar, dass diese Tarifstruktur etwas unverständlich ist, da die Kuhnhofer so nah an Lauf wohnen und doch einiges mehr bezahlen müssen. Warum wird dieser Antrag aber gerade jetzt gestellt, wo doch seit geraumer Zeit ein komplett neues ÖPNV-Konzept erarbeitet wird. Spätestens seit der Veranstaltung in Kuhnhof ist doch bekannt, dass die Mehrkosten für die Schülermonatskarte für alle Schulen erstattet werden. Für die Kuhnhofer besteht also keine Belastung. Man ist dabei, Ortsteile anzuschließen und es besteht auch schon heute Einigkeit, dass auch Kuhnhof in diesem Jahr noch mit dem Stadtbus angefahren werden soll. Dann gilt auch der Stadtbustarif S. Deswegen denkt er, dass der Antrag der CSU mehr für die Öffentlichkeit gedacht ist als substanziell.

Herr Stadtrat Maschler erwidert, dass der Antrag 108 Tage alt ist. Den Kuhnhofern ist in den letzten 10 Jahren mindestens dreimal in Aussicht gestellt worden, über dieses Thema zu diskutieren. Es wurde immer wieder auf eine neue Organisation vertröstet. Irgendwann muss man den Punkt setzen, eine Änderung des Status quo zu erreichen. Zu der Erstattung der Fahrtkosten sind ihm keine neuen Erkenntnisse bekannt. Von den Eltern wurde angeführt, dass sie es nicht wissen, dass die Fahrtkosten erstattet werden. Er freut sich auf die Ausführungen von Herrn Schriefer, wie die Erstattung funktionieren soll.

Herr Stadtrat Ittner sieht keinen Grund, unterschiedlich zu verfahren. Insofern sollte man zusammenrücken und die Angelegenheit heute beschließen.

Vorsitzender ergänzt noch, dass es nicht nur in Aussicht gestellt wurde, sondern fest zugesagt. Er verliest den Auszug aus dem Protokoll der Niederschrift vom 10.12.2009: "Die Stadt hat zugesagt, den Differenzbetrag zu übernehmen. Alle Kinder, die das Gymnasium und die Realschule besuchen, sind auf den Bus angewiesen. Sie appelliert, eine schnellstmögliche Lösung herbeizuführen. Der Stadtrat hat vor einem Jahr die Mittel bewilligt. Vorsitzender stimmt dem zu, denn die Hausaufgaben wurden gemacht. Gelder sind vorhanden. Vorsitzender sagt eine Überprüfung zu und der Landrat wird eingeschaltet. Es gilt die Zusage, für Laufer Schüler diese Kostendifferenz zu übernehmen." Dieses wird so angewandt. Deshalb fällt der Antrag hinter die gängige Praxis für Schülerinnen und Schüler zurück. Offen bleibt die grundsätzliche Frage der Eintarifierung für Erwachsene für die Überlandlinie. Hier sind der Stadt die Hände gebunden. Vorsitzender unterstützt den Änderungsantrag der Allianz, die Tarifstufe S zu bekommen, um Tarifgleichheit zu haben.

Herr Schriefer erklärt die Rechtslage. Diese Thematik wurde bereits im Jahr 2008 im Stadtrat diskutiert und seinerzeit ein Beschluss gefasst, dem Ortsteil Kuhnhof eine Vergünstigung auf die Tarifstufe K zu ermöglichen. Damals musste bereits zur Kenntnis genommen werden, dass die Stadt nicht Herr des Verfahrens ist. Die Eintarifierung des gesamten Gebietes erfolgte seinerzeit durch den VGN. Deshalb besteht keine Möglichkeit, als Nichtvertragspartner in irgendeiner Form eine Regelung herbei zu führen. Seinerzeit wurden Gespräche mit dem VGN geführt. Die Grundsätzliche Bereitschaft des VGN ist vorhanden, eine Umstellung des Tarifgebietes vorzunehmen. Es ist verpflichtend für die Stadt, dem auf dieser Linie fahrenden Konzessionär die Kosten zu erstatten. Mit einer Umstellung ist jede Möglichkeit weggenommen. Die Verwaltung hat sich deshalb dafür ausgesprochen, eine Umwandlung des Stadtverkehrs und die Einbindung von Kuhnhof abzuwarten, um dann die Möglichkeit sofort in Richtung Tarif S wahrnehmen zu können. Es kann nicht vereinbart, sondern nur gebeten werden, dass darauf eingegangen wird, da letztendlich der Konzessionär die Entscheidung treffen muss, ob er diese Vereinbarung haben möchte. Die Schülerkarten werden in der Schülerbeförderung vergütet und nicht im Bereich ÖPNV. Die Fahrkarten werden gesammelt und eingereicht und die Differenzbeträge unbürokratisch überwiesen. Aufgrund der letzten Bürgerversammlung gab es auch weitere Eltern, die die Karten des letzten Kalenderjahres gesammelt und eingereicht haben. Sinn und Ziel wäre natürlich, dass alle Ortsteile, die künftig in den Stadtverkehr eingebunden werden sollen, auch eingebunden werden können. Die Stadt hat aber derzeit noch keine direkte Zugriffsmöglichkeit und ist weiterhin auf die anderen Stellen angewiesen, dass diese die Verträge akzeptieren.

Vorsitzender schließt ab, dass man sich nun weitgehend einig ist. Es gilt weiterhin sein Wort, dass sich seit 2009 auf Grundlage des Beschlusses von 2008 nichts daran verändert hat. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, wird über den Antrag der CSU mit der Abänderung auf Tarifstufe S abgestimmt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den verantwortlichen Stellen (VGN, Landratsamt, etc.) unverzüglich Kontakt aufzunehmen, um das beschriebene Thema einer Prüfung zu unterziehen mit dem Ziel, Kuhnhof kurzfristig in die Tarifstufe "S" zu überführen. Um dies möglich zu machen, ist es u.E. notwendig, diese Thematik losgelöst von der Neustrukturierung des Lau-

fer Stadtverkehrs zu behandeln. Der Verwaltungsausschuss wünscht eine zeitnahe Information über den jeweiligen Sachstand.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja: 27 Nein: 0

2 Antrag der CSU-Fraktion vom 24.10.2011 zum Thema "Ortsteilflitzer" im Laufer Stadtverkehr

Herr Stadtrat Maschler trägt vor, dass ihm dieser Antrag als Bewohner eines Ortsteiles sehr am Herzen liegt. Aus vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern in Lauf und seinen Ortsteilen wird festgestellt, dass der Wunsch nach mehr Mobilität besteht und sowohl für die Kinder und Jugendlichen als auch für die ältere Generation ständig wächst. Die Schulen werden mit den verschiedensten Angeboten immer flexibler, weshalb sich der Schülerverkehr immer mehr von 13 Uhr wegbewegen wird. Weiterhin wird festgestellt, dass das Anrufsammeltaxi für bestimmte Dinge nicht wirklich alltagstauglich ist. Dies liegt vor allem an der Art der Fahrzeuge (problematisch bei der Mitnahme von Kinderwägen oder Rollatoren) und an den zeitlichen Rahmenbedingungen, da das Taxi erst bis zu 15 Minuten später an der Haltestelle vorfahren darf. Vor allem für Zugreisende kann dies durchaus sehr hinderlich sein. Seine Idee wäre deshalb, die Einrichtung eines Ortsteilflitzers zu prüfen, der regelmäßig einen bestimmten Fahrplan hat und eine vorgegebene Strecke abfährt. Nachdem nicht selbst beurteilt werden kann, wie dies umgesetzt werden könnte, sollte der Gutachter, Herr Drechsel mit der Prüfung beauftragt werden.

Herr Stadtrat Ittner entgegnet, dass der erste Antrag zur Tarifstufe Kuhnhof nach Meinung der Allianzfraktionen unabhängig behandelbar war. Insofern war es inhaltlich diskutier- und entscheidbar. Bei diesem Antrag herrscht andere Meinung. Dieser Antrag ist nicht losgelöst von allen anderen Belangen zu sehen, die hier in einem Stadtbuskonzept bedacht werden müssen (Takt, Linienführung, etc.). Dies ist nicht isoliert zu betrachten. Alle Fraktionen im Stadtrat haben sich dem Thema Stadtverkehr angenommen und sehr viele Vorschläge eingebracht. Auch aus der Bürgerschaft und von Organisationen gab es viele Anregungen. Es war einhellige Meinung, die Anregungen zu sammeln und zentral in einem Block zu behandeln, abzuwägen und damit in die Gremien zu gehen. Er würde es verfrüht finden, wenn nun ein einzelner Punkt herausgegriffen und beschlossen würde, nachdem sich dann unter Umständen das gesamte Stadtbuskonzept richten müsste. Das würde dem Ernst dieses Themas nicht gerecht. Er stellt deshalb einen Antrag auf Vertagung und Behandlung zusammen mit allen anderen Anregungen.

Herr Stadtrat Grand schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und kann dies nur unterstreichen. Es freut ihn, dass die CSU offensichtlich ein Herz für den ÖPNV gefunden hat und rund 70.000 Euro für die Einrichtung einer zusätzlichen Buslinie ausgeben möchte. Vor kurzem sollte ja beim Haushalt 2012 noch gespart werden. Grundsätzlich besteht kein Einwand gegen eine zusätzliche Buslinie, aber bitteschön im Gesamtkonzept.

Herr Stadtrat Lang möchte das inhaltliche von der Art und Weise des Antrages trennen. Inhaltlich plädiert er dafür, dass dieser Vorschlag geprüft wird, da er vernünftig erscheint. Er steht natürlich in einer gewissen Konkurrenz zum Anrufsammeltaxi. Einer der beiden Vorschläge wird sich durchsetzen. Er soll keinen Sonderstatus einnehmen, aber wie alle anderen Vorschläge geprüft werden. Er greift zurück auf ein von Herrn Drechsel dargestelltes Beispiel des Stadtverkehrs Herzogenaurach. Dort wird bewusst eine relativ lange Linie gefahren, die vom ÖPNV gefördert wird. Es könnte sich also durchaus rechnen. Andererseits muss man sich auch darüber im Klaren sein, dass eine derartige Buslinie mit enormen Kosten verbunden ist. Insgesamt hält er ein Anrufsammeltaxi – wenn es vernünftig eingesetzt wird – für die bessere Idee. Er sieht die Sache deshalb völlig gelassen und ist dafür, den Wettstreit der Ideen zu gehen. Wenn die Idee der CSU die bessere ist, dann soll sie es sein.

Vorsitzender hat sich über den Antrag der CSU gefreut. Wie im Zukunftskonzept 2008 vorgestellt, war die Anbindung von Bussen in den Ortsteilen aufgeführt. Im Verwaltungsausschuss wurde ein einstimmiger Beschluss gefasst, sich ein Jahr Zeit zu lassen und die Bürgerwünsche und Anregungen der Verbände ernst zu nehmen. Es wurde zum breiten Dialog eingeladen. Deshalb stellt sich für ihn die Frage, warum nun ein explizit alleine herausgeschnittener Antrag Sinn machen soll. Es wurde in den Sitzungen erklärt, dass man sich mit dem Netzwerk beschäftigt. In einem Gesamtkonzept muss es dann der Bevölkerung glaubwürdig als Angebot zur Verfügung gestellt werden. Deswegen braucht es dazu keinen zusätzlichen Antrag. Es war der Auftrag an die Verwaltung. In der letzten Verwaltungsausschuss-Sitzung wurde erklärt, dass ab 22. März die ersten konkreten Ergebnisse im Gremium vorgestellt werden. Es wird auch weiterhin der breite Bürgerdialog gesucht und erfolgreich durchgeführt. Das Thema muss ernst genommen werden und alle sollten daran arbeiten, dass die Beschlüsse umgesetzt werden. Hier verfrüht etwas herauszugreifen könnte das gesamte Projekt eher noch gefährden. Deswegen möchte er dem Antrag von Herrn Stadtrat Ittner auf Vertagung zustimmen.

Herr Stadtrat Maschler versteht den Antrag auf Vertragung überhaupt nicht. Auch das Argument, dass diese Thematik verfrüht behandelt und ein Kuchenstück herausgenommen wird, geht ins Leere. Die CSU beantragt lediglich eine Prüfung. Es ist klar, dass das Ganze nicht gleich morgen umgesetzt werden kann. Natürlich muss es in das Gesamtkonzept hinein. Bei der Diskussion muss aber auch berücksichtigt werden, dass die bisherigen Vorstellungen schon ein relativ enger Mantel sind. Herr Drechsel hat ein Busrendezvous vorgestellt, welches am Marktplatz mit 5 Buslinien festgezurrt war. Er hatte den Eindruck, dass daran festgehalten und darüber hinaus keine Expansion angestrebt wird. Deshalb kam der frühzeitige Antrag der CSU, darüber nachzudenken, wie die Ortsteile angebunden werden können. Wenn dann herauskommt, dass statt einem 15-Sitzer ein 25-Sitzer benötigt wird, sind dies Dinge, die der Gutachter mitteilen muss. Welche Größenordnung macht Sinn, was kostet der Spaß, usw..? Diese Antworten liegen alle noch nicht vor. Damit dies im Gesamtkonzept behandelt wird, wurde der Antrag gestellt, um den bisherigen Prüfungsauftrag so zu erweitern, damit dann auch ein großes Ganzes herauskommt und ein zukunftsfähiger Stadtbusverkehr möglich ist. Ein derartiges Konzept ist schon seit langem in Österreich und Südtirol installiert, wo kleinste Ortschaften angebunden sind und einen regelmäßigen Fahrplan haben.

Herr Stadtrat Ochs äußert, dass die CSU in die Qualität der Erklärungen nicht so viel Vertrauen hat wie der Vorsitzende. Die Erfahrung zeigt, dass in der Abarbeitung der Themen durch die Fraktion ein gewisser Filter und Priorisierung vorgenommen wird, die ab und an nicht gefällt. Der Antrag greift nichts vor, sondern es soll lediglich sichergestellt werden, dass explizit dieser Punkt neben den vielen anderen Vorschlägen und Ideen abgearbeitet und wieder vorgestellt wird.

Vorsitzender weist scharf zurück, dass es eine Filterung gibt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Es geht um Gleichberechtigung. Man würde allen anderen unrecht tun, wenn man die Bürger ernst nimmt und eine Fraktion den Antrag stellt, dieses extra zu behandeln. Wo ist denn da die Filterung? Diese sollte dann anders definiert werden.

Herr Stadtrat Kern hat vor drei Jahren einen Antrag gestellt, mit dem Ziel, die Verkehrsplanung zu überprüfen, das System zu verbessern und ob Kosteneinsparungen möglich sind. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die CSU bei den Haushaltsberatungen immer gesagt hat, dass der ÖPN zu teuer und aufwendig ist. Nun stellt er fest, dass die CSU aus parteipolitischen Gründen für Ortsteile Anträge stellt und fordert, dass diese bevorzugt behandelt werden. Er sieht es völlig anders. Im letzten Ausschuss wurde beschlossen, dass eingegangene Alternativen überprüft werden. Die Prüfung des Antrages der CSU wird zugesichert, ob er aber angenommen wird ist eine völlig andere Debatte. Das geforderte ist bereits längst beschlossen. Wenn die CSU mit diesem Populismus fortfährt, muss über die Wirtschaftlichkeit sehr genau geredet werden. Dann wird er prüfen, ob die anderen Ortsteile nicht die gleichen Rechte haben.

Herr Stadtrat Ittner möchte die Problematik ganz kurz illustrieren. Die Fraktionen, Parteien, Bürger und Organisationen waren aufgerufen, Vorschläge zu unterbreiten. Es gab einen Stichtag bis Ende 2011 und danach werden die Anregungen geprüft. Die SPD hat dies auch wahrgenommen. Eine der Ideen lautete zu prüfen, den Stadtbus der Stadt Röthenbach, der jeden Tag durch Lauf fährt, durch Wetzendorf durchfahren zu lassen und auf diese elegante Art Wetzendorf mit anzubinden. Ob der Vorschlag gut ist, muss erst geprüft werden. Zweifellos hängt er mit dem Vorschlag der CSU-Fraktion zusammen. Auch die Taktung der Verkehre hängt mit dem Inhalt des Antrages zusammen. Deswegen kann der CSU-Antrag heute nicht diskutiert werden. Die Vorgehensweise ist eine andere Begründung. Wenn alle Organisationen und Parteien ihre Vorschläge zum Stichtag mit dem klaren Auftrag einreichen, dass diese in einen Topf kommen und gemeinsam gesammelt und besprochen werden, dann hält er das Verhalten der CSU nicht für kooperativ, diese Einzelpunkte in einer Sondersitzung zu diskutieren. Alle anderen Fraktionen halten sich an die vereinbarte Vorgehensweise, alles zusammen zu diskutieren und gegenseitig abzuwägen. Insofern findet er es als eine Show; aber es ist inhaltlich begründbar, warum dieser Antrag nicht isoliert zu behandeln ist.

Herr 2. Bürgermeister Scheld bringt vor, dass ein Konsens gefunden wird und er bittet deshalb die CSU, ihren Antrag zu deklarieren. Dieser Antrag soll im nächsten Verwaltungsausschuss wie alle anderen Anträge zum Tragen kommen.

Vorsitzender schließt ab, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Da der Antrag der CSU weitreichender ist als der Vertagungsantrag, wird zunächst über den Antrag der CSU-Fraktion abgestimmt. Sollte dieser abgelehnt werden, wird automatisch der Antrag gestellt, diesen in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22. März 2012 zu behandeln.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Gutachter, Herrn Drechsel, unverzüglich Kontakt aufzunehmen, um die Einrichtung eines "Ortsteilflitzers" (z.B. 15 Sitzplätze, Stundentakt) zu prüfen, zu kalkulieren und eine mögliche Linienführung durch möglichst viele Ortsteile zu erarbeiten. Hierbei können Schönberg und Weigenhofen wegen der geplanten Anbindung mit dem "großen" Stadtbus momentan unberücksichtigt bleiben.

Der Verwaltungsausschuss wünscht eine zeitnahe Information über den jeweiligen Sachstand.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt Ja: 10 Nein: 17

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Antrag der CSU in die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22. März 2012 aufzunehmen und zu behandeln.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja: 27 Nein: 0

Ende der Sitzung im öffentlichen Teil: 20:17 Uhr

Stadt Lauf a.d. Pegnitz, den 17.02.2012

Stadtverwaltung

Der Vorsitzende Schriftführerin

Benedikt Bisping Schönwald Erster Bürgermeister Verw.Ang.